

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 24 27. November 1996

➔ **Internationale Skinheads** Seite 2

Mit den Hammerskins, seit kurzem auch in der Bundesrepublik aktiv, entsteht eine streng kadermäßig aufgebaute, eindeutig neonazistisch orientierte Skin-Kategorie.

➔ **BNR-Interview** Seite 4

Die Polizei ist wegen Unzulänglichkeiten bei der Verfolgung rechtsextremer Straftaten ins Gerede gekommen. Der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber sprach von einer Verkettung von Pannen und Schludrigkeiten, die zu dem fehlgeschlagenen Polizeieinsatz gegen die Neonazis am 17. August d. J. in Worms geführt hätten.

➔ **Le Pen im Aufwind** Seite 6

Frankreichs Rechtsextremisten machen sich die sozialen Ängste der Bevölkerung zu Nutzen. Der französischen Linken fehlt bisher ein klares Konzept zu einer wirksamen Gegenstrategie.

➔ **Goldhagen - ein Rückblick** Seite 8

Über viele Monate hinweg waren die provokativen Thesen des Daniel J. Goldhagen Thema in den deutschen Medien. BNR hat die Beiträge zu dieser Debatte ausgewertet und zusammengefaßt.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Internationale der Skinheads

Die rechtsextremistischen Hammer-Skins wollen auch in Deutschland Fuß fassen.

„Seit den Anfängen der Skinhead-Bewegung in Deutschland steht diese auch unter dem Einfluß der ausländischen, vor allem der britischen und amerikanischen Szene. 1995 wurden erstmals in größerem Umfang Aktivitäten von >Hammer-skins< in Deutschland bekannt“ - vermerkt die aktuelle Ausgabe des Verfassungsschutzberichtes des Bundes für 1995.

Der Begriff Hammerskins wurde im Jahr 1992 in der Bundesrepublik durch Artikel in Fanzines (= Skinhead-Publikationen) u.a. in „Oi! Deutsches Echo“ und „Proißens Gloria“ bekannt. Bei den Hammerskins handelt es sich um einen 1986 in Dallas im US-Bundesstaat Texas entstandenen Zusammenschluß von rechtsextremistischen Skinheads. „Ursprünglich war das Ziel“ der Hammer-Skins, „sämtliche Skinheads in Amerika zu vereinen, jetzt ist ihr Ziel, alle weißen Skinheads überall auf der Welt zu vereinen“ (Zitat: „Bramfelder Sturm“). Mitglieder werden nach dem Motto „Qualität vor Quantität“ rekrutiert: „Jeder der Hammerskin werden will, muß eine gewisse Probezeit absolvieren, deren Dauer von der Persönlichkeit des Einzelnen abhängt.“ Zukünftige Mitglieder sollen so auf ihren „Charakter und ihre Integrität geprüft werden“ (aus den „Richtlinien“).

Organisationssymbol der Hammerskins sind zwei gekreuzte Zimmermannshammer in einer Raute, die „den gemeinsamen Kampf der weißen Arbeiter für Volk, Vaterland und Rasse deutlich machen sollen“ („Bramfelder Sturm“). In den „Richtlinien“ der Hammerskins heißt es u.a.: „Wir sind inspiriert durch den Glauben unserer Ahnen. Wir sind rassistisch in dem Sinne, daß wir glauben, daß unsere Rasse das natürliche Recht hat, die eigene Tradition und Kultur ohne fremde Einmischung fortzuführen. Wir haben einen tiefen Stolz auf unsere arische Kultur und unser arisches Erbe. Wir unterstützen unsere eigene Art zuerst.“

Hammerskins existieren inzwischen auch in Australien, Kanada, Frankreich, England, Irland, Schweden, Schweiz, Polen, Slowenien, Slowakei und in Tschechien. In maßloser Selbstüberschätzung schreibt der „Bramfelder Sturm“, eine Neonazi-Zeitschrift aus dem direkten Umfeld der ver-

botenen „Nationalen Liste“ (NL): „Die Hammerskins sind also eine weltweite Weiße Kampfbewegung, deren Einfluß hoffentlich noch zunehmen wird, denn Anti-Weiße Regierungen gibt es leider noch viel zu viele!“

Regionale Schwerpunkte der Hammerskin-Szene in Deutschland sind vor allem Berlin und Brandenburg, wobei das Verhältnis zwischen beiden Hammerskin-Sektionen „durch mancherlei Rivalitäten getrübt“ (Zitat: Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 1995) sei. In der Skinhead-Publikation „Deutsche Zukunft“ wurde 1994 die Selbstdarstellung der „Hammerskin-Sektion Brandenburg“ abgedruckt, als Kontaktadresse das Postfach der Bundesgeschäftsstelle der Vereinigung „Die Nationalen e.V.“ angegeben.

Ein „1. Deutsches Hammerskin-Treffen“ fand 1994 statt. Als Kontaktanschrift war ebenfalls ein Postfach der rechtsextremistischen Vereinigung „Die Nationalen e.V.“ in Berlin genannt. In Berlin existiert zumindest seit 1994 eine etwa 30 Personen umfassende Hammerskin-Sektion, die im Jahre 1995 mehrere Aktivitäten entwickelt hat. Hervorzuheben ist hierbei, so der Berliner Verfassungsschutzbericht 1995, die Beteiligung von etwa 20 Berliner Hammerskins an der Rudolf-Heß-Demonstration im niedersächsischen Schneverdingen am 19. August 1995. Kopf der Berliner Hammerskins ist Patrick Cuhrt, Mitglied der „Hilfsorganisation für politische Gefangene und deren Angehörige“.

Unter konspirativen Umständen fand Ende vergangenen Jahres ein Treffen von rund 200 Hammerskins im schwäbischen Burladingen statt. Organisator des Treffens in seinem Heimatdorf war Christoph Diebold, der sich zumindest zeitweilig im Umfeld der „Nationalistischen Front“ (NF) bewegte. Im badischen Spargelstädtchen Schwetzingen hat Marco Grün (Ex-Mitglied der NPD und der „Aktionsfront Nationaler Kameraden“ >ANK<) ein Postfach für Hammerskins eingerichtet. Ein weiteres findet sich unter der Bezeichnung „G.B.F.-Records/Hammer“ in Stuttgart. Betreiber des Labels ist Steffen Hammer, Frontmann der Skin-Band „Noie Werte“.

Zusammengehalten wird die mehrere hundert Mitglieder zählende Hammerskin-Szene u.a. durch Fanzines mit Namen wie „Hass-Attacke“. Diese Blätter enthalten, so die Bundesregierung (Drucksache 13/1134), Angriffe gegen politische Gegner, Texte, die den Nationalsozialismus verherrlichen sowie solche, die rassistische, insbesondere antisemitische Vorstellungen dokumentieren. Rosl Baumann

Eine neue Partei für Hamburg:

Altbekanntes aufgewärmt

Ein bißchen Zwangsarbeit, eine Prise Populismus, eine gehörige Portion Rassismus und Antisemitismus: Das ist der Stoff, aus dem die Träume der Hamburger „Demokratischen Bürgerpartei“ sind, ihre Version eines „lebens- und liebenswerten Landes“. Aufmerksam lauschten bei der Gründungsveranstaltung am 9. November rund zwei Dutzend frustrierte Mitglieder etablierter Parteien, enttäuschte CDU-Wähler und brauner Bodensatz dem Mann, der „weiß, was das deutsche Volk will“.

Volkes Stimme hat der rechte Gastwirt, Geldgeber und Parteivorsitzende Josef Kröger vor allem an den Stammtischen seiner Kneipe vernommen und zum Grundlagentext „Die deutsche Volkspartei“ zusammengestückelt. Stolz präsentierte der in der rechten Szene bislang unbekannte Kröger sein „Buch“ als Grundlage für das künftige Parteiprogramm, verzichtete aber aus strategischen Gründen auf den gleichlautenden Parteinamen. Statt Arbeitslosigkeit fordert er „allgemeine Arbeitspflicht“, ein „Arbeitsaufsichts- und Verteilungsamt“ soll „absolute Kontrolle über die arbeitsfähige Bevölkerung“ ausüben. Leistung wird sich wieder lohnen, kommen Kröger & Co. erst einmal an die Macht: „Akkordarbeit“ und Lohnkürzungen bei Leistungsschwäche sind ihre Lösungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Denn „der deutsche Arbeiter hat nicht nur das Recht auf deutsche Arbeit, sondern auch die Pflicht, deutsche Arbeit zu erledigen“. Ausländer stören da nur, allenfalls sind sie „zeitlich begrenzt“ als Gastarbeiter zu verwenden. Bei Straftaten oder Verlust des Arbeitsplatzes werden sie nach dem Willen der siebenköpfigen Kröger-Clique sofort ausgewiesen. Noch besser, findet Kröger, sie blieben ganz zu Hause, denn: „Wenn das deutsche und das türkische Volk nebeneinander friedlich leben wollen, sollte jeder in seinem Land leben“. Ansonsten ist es für ihn absolut natürlich und ein inneres Bedürfnis, daß sich ein Volk gegen Überfremdung wehrt“. Statt Geld für Aussiedler will Kröger den „Landrückkauf in unseren früheren Ostgebieten“. Klar ist für ihn aber auf jeden Fall, daß „Deutschland den Deutschen“ gehört und nicht länger als „Melkkuh“ von den Juden „mißbraucht“ werden dürfe. „Warum hat Hitler die Juden verfolgt - warum ... nicht die Franzosen oder die Engländer?“ fragt Kröger und verspricht antisemitische Antworten für die Zukunft.

Innenpolitisch wird die Todesstrafe eingeführt und der Rechtsstaat abgeschafft. Gerichtsverhandlungen sind „nur noch bei Indizienprozessen notwendig“, sexuelle Triebtäter werden ohne Verhandlung zwangskastriert, und wenn sich „kriminelle Elemente“ aus dem „Ostblock“ hier benehmen „wie die Schweine, werden sie von uns wesentlich schlimmer behandelt als diese Tiere“. Vorbild ist für Kröger die „Führung im Dritten Reich“. Wie diese sei auch er sich bewußt, „daß die Jugend das größte Kapital eines jeden Volkes ist“. So will Kröger Deutschland zu „einer Generation von jungen, starken und geistig gesunden Menschen“ verhelfen. Dazu gehören „morgendliche Waldläufe“ mit „gesundem Frühstück“ statt „Methadon und sauberen Einwegspritzen“ für Drogensüchtige. Statt Bevölkerungswachstum setzt Kröger auf „absolute Geburtenkontrolle“ per Sterilisation, sonst gibt es keine Entwicklungshilfe für die dritte Welt.

„Wissen, was das deutsche Volk will“

Im offiziellen Wahlprogramm sollen künftige Wähler jedoch nichts von der Krögerschen Gesinnung lesen. Um nicht von der Presse in die „rechte Ecke“ gestellt zu werden, wurde der Bezug auf die parteiinterne Hetzschrift als Programmgrundlage für die Bereiche „Arbeitsmarkt, Familie, Strafgesetzgebung, Innenpolitik und Wirtschaft“ aus der Satzung gestrichen. Dennoch sollen seine Parolen unters Volk: Kröger sucht derzeit Studenten, die in den nächsten Wochen an Infotischen sein Gründungspamphlet verkaufen.

Neben Kröger agieren in der Hamburger Parteizentrale am Rödingsmarkt noch seine beiden Stellvertreter, der Gymnasiallehrer Wolfgang Platte und der Bankkaufmann Eberhard Gowitzke, sowie Krögers Tochter Nordis und der Hafenarbeiter Hans-Martin Druschkowitz als Beisitzer. Während der ehemalige CDU-Kreisvorsitzende Platte den Idealpolitiker der „Stresemann'schen Art“ anpeilt, sucht sein Parteigenosse Kröger nach dem Vorbild der „Deutschen Volkspartei“ aus der Weimarer Republik Sponsoren aus der Wirtschaft. Bis Ende 1997 will der Gastronom die „Demokratische Bürgerpartei“ finanzieren, dann, so seine Absicht, „holen wir uns das Geld aus dem Staatssäckel“, wenn wir „bei der nächsten Bundestagswahl mindestens 30 Prozent der Stimmen“ erhalten.

Sonia Shinde

BNR-INTERVIEW

Blamage durch hand- werkliche Fehler

Im Zusammenhang mit neuerlichen Aktivitäten von Neonazis ist die Polizei ins Gerede gekommen. Ende Oktober hatte der brandenburgische Innenminister Alwin Ziel im Landtag versichert, die Welle rechtsextremistischer Gewalt sei gebrochen - bereits am darauffolgenden Wochenende erschreckten neue Übergriffe die Öffentlichkeit. Kritiker merken an, daß die brandenburgische Polizei Übergriffe vielfach nur mit Verzögerung oder gar nicht verfolge. Im übrigen fehle es an Prävention.

Aufsehen erregte die Sondersitzung des rheinland-pfälzischen Landtags, in der es um den fehlgeschlagenen Polizeieinsatz gegen den Neonazi-Aufmarsch vom 17. August dieses Jahres in Worms anlässlich der „Rudolf-Hess-Aktivitäten“ ging. Innenminister Walter Zuber mußte Pannen beim Polizeieinsatz eingestehen. Der „blick nach rechts“ führte dazu das nachfolgende Gespräch mit dem rheinland-pfälzischen Innenminister Zuber.

BNR: Wie verlief, Herr Minister, der Auftritt der Neonazis?

Walter Zuber: Der Auftritt der Neonazis - und das ist das Blamable für die rheinland-pfälzische Polizei - verlief über eine halbe Stunde völlig ungestört. Sie konnten sich ab 14.00 Uhr ungestört im Wormser Dom sammeln und von dort ab ca. 14.30 Uhr durch die Innenstadt marschieren. An einem Kriegerdenkmal führten sie eine etwa zehnminütige Kundgebung durch. Erst auf dem Rückweg zum Dom, gegen 15.10 Uhr, schlossen Einsatzkräfte der Polizei die Demonstranten ein und nahmen 172 Personen vorübergehend in Gewahrsam.

BNR: Unter dem gewachsenen Verfolgungsdruck haben Neonazis neue Strategien bei der Vorbereitung ihrer Auftritte entwickelt. Sie sind mit Hilfe einer gutentwickelten Kommunikation flexibler und weichen staatlicher Repression aus. Wie haben die Sicherheitsbehörden ihres Landes sich hierauf eingestellt?

Walter Zuber: Die Zahl der militanten Rechtsextremisten ist in Rheinland-Pfalz entgegen dem Bundestrend seit mehreren Jahren nicht mehr weiter angewachsen. In Rheinland-Pfalz und im Bund ist die Anzahl rechtsextremistischer Straftaten stark rückläufig. Auf den erhöhten Verfolgungsdruck reagierte die Szene mit verstärkter Konspiration und der extensiven Nutzung aller zur Verfügung stehenden technischen Hilfsmittel sowie gezielter Desorientierung der Sicherheitsbehörden. Dies erschwert natürlich die Arbeit. Die rheinland-pfälzischen Sicherheitsbehörden sind angemessen auf die neuen Strategien eingestellt. Von der Sache her verbieten sich natürlich detaillierte Aussagen. Für das Versagen am 17. August 1996 waren jedoch „handwerkliche“ Fehler der Polizeiführung und einiger ausführender Polizeikräfte ursächlich.

BNR: Welche Kenntnisse hatten die Sicherheitsbehörden ihres Landes von dem schließlich in Worms veranstalteten Hess-Gedenkmarsch?

Walter Zuber: Der Verfassungsschutz hat die die Polizei jeweils rechtzeitig über das Vorgehen der Neonazis unterrichtet. Der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz erfuhr zum gleichen Zeitpunkt wie die späteren Kundgebungsteilnehmer von dem beabsichtigten Aufmarschraum und teilte diese Information unverzüglich der Polizei mit.

BNR: Wie ist es nach ihren Feststellungen zu erklären, daß die Sicherheitsbehörden trotzdem hilflos auf den Aufmarsch reagiert haben?

Walter Zuber: Der entscheidende Fehler lag nicht darin, daß die rheinland-pfälzische Polizei zu spät von dem eigentlichen Ort der Versammlung erfahren hätte. Es war tatsächlich eine Verkettung von Pannen, von handwerklichen Fehlern, von Schludrigkeiten, die zu dem blamablen Ergebnis führten. Vorwerfbares persönliches Versagen einzelner Polizeiführer wird zur Zeit dienstrechtlich geprüft.

BNR: Haben Sie Erkenntnisse, daß der gegen die Polizei erhobene Vorwurf gerechtfertigt ist, eine gewisse Sympathie für rechtsextremes Denken lähme die Einsatzbereitschaft?

Walter Zuber: Mit liegt kein einziger ernstzunehmender Hinweis vor, der etwa belegen könnte, daß in Worms bewußte Zurückhaltung von Seiten der Polizei im Spiel gewesen sei. Die rheinland-pfälzische Polizei und der rhein-

land-pfälzische Verfassungsschutz haben den Verfolgungsdruck gegen die Rechtsextremisten so sehr verstärkt, daß in Rheinland-Pfalz die Zahl der militanten Rechtsextremisten entgegen dem Bundestrend seit mehreren Jahren nicht mehr weiter angewachsen ist. In Rheinland-Pfalz ist auch die Anzahl rechtsextremistischer Straftaten stark rückläufig. Im übrigen stelle ich in der rheinland-pfälzischen Polizei ein hohes Maß an Betroffenheit über die Ereignisse in Worms fest.

BNR: Was unternehmen die Polizeiführung und die politisch Verantwortlichen, um die Sensibilität der Polizei für Extremismus im allgemeinen bzw. Rechtsextremismus zu erhalten? Und was hat die Landesregierung getan bzw. beabsichtigt sie zu tun, damit sich Vorgänge wie in Worms nicht wiederholen?

Walter Zuber: Gerade der Rechtsextremismus und seine Bekämpfung, seine Wurzeln, sein Entstehen hat in den letzten Jahren eine zunehmende Rolle bei der Ausbildung der jungen Beamtinnen und Beamten gespielt. Wir haben diesbezüglich permanent die Ausbildung und

die Ausbildungsinhalte verbessert. Nach dem Ereignis in Worms haben wir sofort die Kontrolle von Alarm- und Einsatzunterlagen der Polizeibehörden und -einrichtungen im Hinblick auf ihre Aktualität und Vollständigkeit verstärkt. Solche Kontrollen werden künftig auch unangekündigt durchgeführt. Wir führen kurz- bis mittelfristig sowohl behördeninterne als auch behördenübergreifende Übungen durch. Die Übungen und Einsätze werden intensiv nachbereitet und ausgewertet. Bisher sind rund 25 Übungen mit Schwerpunkt Informationsverarbeitung, Einsatzorganisation und Kräftealarmierung in den Polizeipräsidien durchgeführt worden. Die Ergebnisse zeigen positive Ansätze hinsichtlich einer weiteren Professionalisierung. Wir haben in einer ausführlichen Schwachstellenanalyse den fehlgeschlagenen Einsatz in Worms vom 17. August 1996 nachbereitet. Dabei hat sich - und das ist ein Trost bei der ganzen Geschichte - gezeigt, daß es wirklich nur handwerkliche Fehler waren, die zu dem Fehlschlag geführt haben.

Interview: Klaus-Henning Rosen

Eine Spinne im Netz

Der rechtskräftig wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und der Leugnung des Holocaust verurteilte Gernar Scheerer (Geburtsname: Rudolf, vgl. BNR 14/96) war über mehrere Jahre hinweg einer der Drahtzieher der bundesdeutschen Holocaustleugner. Der nach Spanien geflüchtete Rechtsextremist hatte 1991 einen Stab von Holocaustleugnern gebildet, deren Arbeitsergebnis das 400 Seiten umfassende Machwerk „Grundlagen zur Zeitgeschichte“ (Grabert-Verlag) darstellt. Tagungen fanden u.a. bei Willy Wallwey, Bayern, Autor der SS-treuen „Leitbriefe“, statt. Als Autor der „Grundlagen zur Zeitgeschichte“ (vgl. BNR 25/94) war auch der ehemalige Präsident der österreichischen Ingenieurskammer, Walter Lüftl, vorgesehen; dessen Beitrag erschien dann unter dem Pseudonym „Werner Rademacher“. Besonders enge Kontakte unterhielt Scheerer (Pseudonyme: Ernst Gauss, Manfred Köhler, Dr.W. Kretschmer, Dr. Ch. Konrad) zum „Remer-Kreis“. Dies legt die Urteilsbegründung des Landgerichts Stuttgart (4 Js 34417/93) gegen Scheerer offen, die von der Zeitschrift „Sleipnir“ in Folge veröffentlicht wird.

Aushängeschild der „nationalsozialistisch und insbesondere extrem antisemitisch“ eingestellten Organisation ist der ebenfalls nach Spanien geflüchtete Alt-Nazi Otto Ernst Remer. Als „Agitationsinstrumente“ nutzte der „Remer-Kreis“ die „J.G.Burg-Gesellschaft“ (Organ: „Remer-Depeche“) und den Verlag „Remer-Heipke“, der von Remer-Ehefrau Anneliese vom Wohnort in Bad Kissingen aus betrieben wurde. Ab Frühjahr 1993 verlegte der „Remer-Kreis“ seine Aktivitäten vorwiegend nach England und erschien fortan unter dem Namen „Cromwell Press“ (neues Organ: „Deutschland-Report“). Einer der „führenden Personen“ des „Remer-Kreises“ war Karl Philipp (Pseudonyme: „Rüdiger Kammerer“, „Paul Groß“), zu dem Scheerer spätestens ab Mai '91 in Kontakt stand. Das Landgericht Stuttgart sprach von einer „geradezu symbiotischen Beziehung“ zwischen Scheerer und Philipp, dem einstigen NPD-Funktionär, der auch die Referatstournee von David Irving 1990 in Ostdeutschland organisierte. Remer selbst lernte Scheerer, der den bundesdeutschen Rechtsstaat mit Vorliebe als JRD = „Judenrepublik Deutschland“ diffamiert, spätestens im Februar 1991 kennen, als er ihn anlässlich eines Seminars sudetendeutscher Jungakademiker in Bad Kissingen in dessen Haus besuchte. A.M

Front républicain gegen Front national

Die Erfolge Le Pens verunsichern
Frankreichs politisches Spektrum.

Der Bouches-du-Rhône ist eine traditionelle Hochburg des Front National (FN). Dies bestätigte sich zuletzt bei den Kommunalwahlen 1995, bei denen der Front National seine drei erstmals errungenen Bürgermeisterposten ausnahmslos in Südfrankreich stellen konnte. Seitdem hat sich der positive Trend für den FN eher noch verstärkt.

Bei den fälligen Nachwahlen zum französischen Parlament im dortigen Wahlkreis Gardanne, die notwendig geworden waren, da dem skandalumwitterten Geschäftsmann Bernard Tapie sein Parlamentssitz aberkannt worden war, zeigte sich am 20. Oktober, daß nur noch eine republikanische Front aller Parteien in der Lage ist, Mandatsgewinne des FN zu verhindern. Wie bei drei Nachwahlen zuvor in jüngster Zeit konnte sich die Partei Le Pens für den zweiten Wahlgang qualifizieren. Der konservative Bewerber trat nicht mehr an. Gewählt wurde dadurch der kommunistische Bürgermeister von Gardanne, Roger Meï. Trotz der Niederlage muß der „Jungen Freiheit“ zugestimmt werden, wenn sie kommentiert: „Immer stärker geben der Front National (FN) und dessen Vorsitzender Le Pen in Frankreich die Stichworte für die politische Diskussion vor. Und immer hilfloser reagieren die etablierten Parteien, insbesondere die bürgerliche Koalition, auf die rechte Konkurrenz.“ (JF 44/96, S.8) Wie assistierend beklagt das „Figaro Magazine“, daß immer mehr führende Repräsentanten der konservativen Parteien mehr Angst vor dem FN haben als vor den Kommunisten.

Meï erreichte 60,32 Prozent der Stimmen. Sein Gegenkandidat Damien Bariller, ein Mitglied des Zentralkomitees des FN, scheiterte nur knapp am selbstgesteckten Ziel des Überschreitens der 40 Prozent-Marke. Den Parteien der Regierungsmehrheit nützte es nichts, daß sie als ihren gemeinsamen Kandidaten mit Hervé Fabre-Aubrespy einen Parteigänger des Rechtsaußens in ihrem Lager, Philippe de Villiers, aufgestellt hatten. Ihre Anhänger wählten mehrheitlich das Original und nicht die Kopie. Allerdings gelang es dem Front National

nicht, im zweiten Wahlgang die Stimmen des bürgerlichen Lagers für sich zu mobilisieren. Viele Wählende aus diesem Spektrum blieben zu Hause. Der Kommunist Meï konnte dagegen in der zweiten Runde mehr als 8.000 zusätzliche Stimmen verbuchen und übertraf damit das addierte Ergebnis der Kandidaten der Linken im ersten Wahlgang.

Mobilisierung im öffentlichen Sektor

Profitiert haben dürfte Meï auch vom sich beschleunigenden Stimmungstief für den Präsidenten Chirac und den Ministerpräsidenten Juppé, deren Politik inzwischen nur noch von einer Minderheit der Franzosen für gut angesehen wird. Bei unterschiedlichen Meinungsumfragen beurteilte jeweils weniger als ein Drittel der Wahlberechtigten die Politik der beiden als gut. Sogar im eigenen Lager übertrifft die Ablehnung die Zustimmung. Chiracs Versprechen im Wahlkampf, die sozialen Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, hat sich als Täuschungsmanöver erwiesen. Die Ungleichheiten steigen vielmehr deutlich an. Folgerichtig sieht der Philosoph Bernard-Henri Lévy in einem Beitrag für das Wochenblatt „Le Point“ die größte Gefahr durch den FN auch für die konservativ-liberalen Parteien. Zögere diese mit einer klaren Standortbestimmung oder mache sie nur den geringsten falschen Schritt, so werde sie nicht nur geschlagen, sondern zermalmt werden „wie es 60 Jahre zuvor den italienischen, französischen und deutschen Rechten geschah“.

Der Historiker Roger Martelli zog aus dem erfolgreichen, deutlich links geprägten Wahlkampf Meïs gegen den heftigen Antikommunismus des Front National in einem Interview mit „Le Monde“ den Schluß: „Gegen Le Pen muß die Linke deutlich links auftreten.“ Martelli erläutert dies: „Die Hauptquelle der Dynamik von Le Pen liegt in der sozialen Hoffnungslosigkeit. Also ist keine Hoffnung in der Öffentlichkeit möglich, wenn sich in der Linken die Idee festsetzt, daß sie nichts grundsätzlich anderes machen kann als die Rechte.“ Ähnlich liege die Problematik in der Europapolitik. Dem wirtschaftsliberalen Europa von Maastricht müsse die Vision eines sozialen Europas entgegengesetzt werden. Das Einlassen auf die „zwingenden Notwendigkeiten“ der Kriterien für die Währungsunion sei tödlich für die Linke. Martellis Analyse geht davon aus, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung nahezu zwangsläufig zu einem verstärkten

Zustrom zur Partei Le Pens führt, der sich dann beschleunigt, wenn sich die Politik der Opposition nur als eine mildere Variante der Politik der Konservativen präsentiert. Daß beim Kampf um die Stimmen der abhängig Beschäftigten tatsächlich der entscheidende Bereich gegeben ist, wird an der Tatsache deutlich, daß in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen Le Pen 30 Prozent der Arbeiterstimmen für sich verbuchen konnte, der sozialistische Kandidat Lionel Jospin 21 Prozent und der Parteiführer der Kommunisten, Robert Hue, nur 8 Prozent. 14 Prozent der damaligen Wähler Le Pens gaben an, daß sie eigentlich Sympathisanten der Linken seien.

Als Kämpfer der kleinen Leute

Der FN hat den strategischen Vorteil erkannt und nicht ohne Erfolg mit der Gründung eigener Gewerkschaftsstrukturen begonnen, die die soziale Unzufriedenheit aufgreifen und in nationalistische und rassistische Bahnen kanalisieren sollen. Der FN hat begriffen, daß im öffentlichen Dienst die größte Unzufriedenheit herrscht. Mit den Worten von Bruno Mégret: „Die sozialen Kämpfe werden zunehmend mit dem Kampf gegen die Globalisierung zusammenfallen. Und im öffentlichen Sektor können wir den klarsten Haltepunkt verkörpern. Unter der Bedingung, daß wir daran arbeiten, denn dies ist kein kulturelles Terrain, das uns nahesteht.“ Samuel Maréchal, Vorsitzender der Jugendorganisation des FN und für viele der kommende Mann in der Partei, ergänzt: „Le Pen hat (am 1. Mai, J.C.) keine progewerkschaftliche Rede gehalten, sondern eine Rede, die beabsichtigte, die Arbeiter und Arbeitslosen zu verteidigen. Es besteht ein Unterschied zwischen einem Gewerkschafter, der an der Spitze einer nationalen Struktur steht und jenem, der sein Interesse und das seiner Kollegen verteidigt.“ In der Unsicherheit unter den Beschäftigten, z.B. durch die geplante Teilprivatisierung von France Télécom, sieht der FN einen hervorragenden Ansatzpunkt. Wohin in dieser Situation ein Anpassungskurs führen kann, demonstriert das Beispiel Österreich, wo die FPÖ nach den letzten Wahlen die relative Mehrheit der Arbeiter hinter sich weiß.

Eine Strategiedebatte der französischen Linken in Bezug auf die Politik gegenüber dem Front National dürfte sich als umso notwendiger erweisen, als die von der Regierung geplante Wahlrechtsänderung als Konsequenz den sicheren Einzug des Front National in die Nationalversammlung mit

sich bringen würde. Auch die Gaullisten haben inzwischen begriffen, welche Gefahr ihnen droht. Im Oktober bildete die Parteispitze einen Arbeitskreis, der ausschließlich für die Bekämpfung der FN im Wahlkampf zuständig ist. Denn das bisherige reine Mehrheitswahlrecht soll in den zehn bevölkerungsstärksten Departements teilweise durch das Mehrheitswahlrecht abgelöst werden. Tatsächlich würden damit Ungerechtigkeiten, verursacht durch die stark unterschiedliche Zahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Wahlkreisen, abgemildert. Allerdings liegen gerade in diesen Departements die Schwerpunkte des FN. Es handelt sich vor allem um die Industriegebiete in Ostfrankreich, den Süden des Landes und die Gegend um Paris, den ehemals „roten Gürtel“. Nach dem gegenwärtigen Stand der Prognosen dürfte der FN ab 1998 so ca. 40 Mandate erringen. Gleichzeitig würde jedoch die konservative Regierungsmehrheit auf diese Weise gesichert. Außerdem wollen die beiden Regierungsfractionen die Strategie Le Pens unterlaufen, der gedroht hat, bei künftigen Wahlen seinen Anhängern die Wahl des Kandidaten der Linken zu empfehlen, falls die Regierungsparteien am Konfrontationskurs festhalten.

Bis dahin kann der FN auf weitere Erfolge bei Nachwahlen spekulieren. So steht in Kürze wahrscheinlich eine erneute Kommunalwahl in der südfranzösischen Stadt Vitrolles auf der Tagesordnung. Dort war bei der regulären Wahl 1995 der erwähnte Bruno Mégret im zweiten Wahlgang mit mehr als 40 Prozent nur knapp geschlagen worden. Die bürgerliche Ratsmehrheit machte seitdem vorwiegend durch Skandale von sich reden. Bei der Nachwahl des Stadtrats am 16. November d. J. in Dreux wurde der FN mit 36,5 Prozent der Stimmen stärkste Partei. Dort begann Anfang der 80er Jahre ebenfalls bei einer Kommunalwahl der Aufschwung des FN. Schon im vergangenen Jahr wurde die FN-Kandidatin Marie-France Stirbois nur mit den vereinten Kräften aller demokratischen Parteien geschlagen. Doch auch knappe Niederlagen werden sich für den Front National wie Siege auswirken, da die Rolle der verfolgten Unschuld reklamiert werden kann, die des einsamen Kämpfers für die kleinen Leute, der gegen die gemeinsame Front der etablierten Parteien antreten muß. Die Chancen, daß das Kalkül des FN aufgeht, stehen nicht schlecht. Ist aber der Einzug in das Parlament erst einmal gelungen, dann wird es noch schwieriger werden, ihn effektiv zu bekämpfen.

Jean Cremet

Eine unendliche Debatte

Goldhagen - ein Rückblick

(Teil I.)

Kaum eine Veröffentlichung über den Holocaust hat die Gemüter so erregt, wie die des Harvard-Professors Daniel Jonah Goldhagen über „Hitlers willige Vollstrecker“. Noch bevor das Buch überhaupt auf dem deutschen Büchermarkt erhältlich war, wurde es in der deutschen Presse rezensiert und meist verrissen. Historiker, Journalisten und Politiker waren sich in ihrer größtenteils ablehnenden Kritik - wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung - einig. Trotz oder vielleicht auch wegen ihrer durchwegs negativen Beurteilung durch die Fachwelt standen die provokativen Thesen Goldhagens über viele Monate im Rampenlicht der öffentlichen Wahrnehmung. BNR-Autor Meier-Ewert zeichnet die Diskussion um dieses doch so wichtige Thema noch einmal nach. Im ersten Teil des Beitrags wird das Aufgreifen der Debatte durch die Medien behandelt. Der zweite Teil befaßt sich dann mit der Beurteilung des Goldhagen-Buches durch die Fachwelt.

Reaktionen der deutschen Presse

Die nachfolgende Auswertung beruht auf einer - durch weitere Funde ergänzten - Dokumentation aus dem Zentralen Dokumentationssystem des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Zugrundegelegt werden ca. 240 Beiträge, vor allem aus der deutschen Presse, die zwischen April und Oktober 1996 erschienen sind. Besonders intensiv war die publizistische Auseinandersetzung mit Goldhagen im April, nach dem Beginn der Debatte am 12., im August, nach dem Erscheinen der deutschen Ausgabe am 8., und im September, im Gefolge der Podiumsdiskussionen mit dem Autor in mehreren Städten.

Mehr als ein Drittel der Beiträge sind vor der deutschen Übersetzung des Buches erschienen. Von der Zahl her an der Spitze steht die Frankfurter Rundschau mit 19, gefolgt von der Zeit mit 16 zumeist sehr umfangreichen Beiträgen. Die nächsten Plätze nehmen die Süddeutsche Zeitung (10), Tageszeitung (8), Spiegel (7), FAZ (5) und Allgemeine Jüdische Wochenzeitung (5) ein. Auffällig

ist, daß die Diskussion nahezu ausschließlich in westdeutschen Zeitungen und unter westdeutschen Autoren stattgefunden hat: Da man Wolffsohn (Thüringer Allgemeine 3.8.) und Wippermann (Mitteldeutsche Zeitung 10.8.) schwerlich zu den ostdeutschen Autoren wird rechnen können, bleiben Rolf Schneider (jedoch in der Berliner Morgenpost 6.8.) und Kurt Pätzold (Leipziger Volkszeitung 16.8.) die einzigen ostdeutschen Stimmen in der Debatte.

Von „gruseliger Theorie“

Sie beginnt mit einem Vorabdruck (Zeit 12.4.), in dem Goldhagen einige seiner Thesen zusammenfaßt und wird eingeleitet von Volker Ullrich, der „einen noch schärferen Historikerstreit“ heraufziehen sieht, - ein Vergleich, der außerhalb der Zeit zwar einhellig abgelehnt wird, aber von nun an auch in der Negation als Vergleichsmaßstab und Bezugsrahmen stets gegenwärtig ist. Zusätzlich, und auch dies gilt für die weitere Diskussion, werden Prominente aus der amerikanischen Rezeption des Buches als Gewährsmänner dafür oder dagegen zitiert: Elie Wiesel, Gordon A. Craig, Richard Bernstein auf der einen, Paul Johnson auf der anderen Seite. Die Frankfurter Rundschau (12.8.) dagegen bezieht sich auf ablehnende Stellungnahmen von Raul Hilberg, Walter Pehle und Johannes Heil; in der Süddeutschen Zeitung (13.4.) faßt Norbert Frei seine Einwände zusammen: Die behauptete „Monokausalität“ des „exterminatorischen Antisemitismus“ verfehle die Wirklichkeit, das Buch sei „historisch-empirisch nur von geringem Ertrag“. Josef Joffe dagegen (ebenda) findet „massenweise Neues“, hält jedoch den Übergang von der „Fallstudie zum Global-Bild“, von den Kapiteln über das Polizeibataillon 101, die „Vernichtung durch Arbeit“ und die Todesmärsche zum einzigartigen deutschen „kollektiven Auslöschungswahn“ ohne komparative Studien für nicht gelöst. Mariam Niroumand (Tageszeitung 13.4.) sieht die These von der deutschen Kollektivschuld neu belebt, in der Aufbereitung des Materials eine „‘Pulp Fiction’ mit soziologischem Tarncode“ und in der Hauptthese, dem „quasi genetisch transferierten“ deutschen Antisemitismus, eine Art Identitätsstiftung für amerikanische Juden „in Zeiten schwindender Bindung an die Religion“.

Frank Schirrmacher (FAZ 15.4.) nennt die „Kollektiv-Schuld-These den Kern“ des Buches, „ergänzt um die These vom eminent antisemitischen und vernichtungsbereiten Nationalcharakter der Deutschen“; er bemängelt die „Setzungen und

Anweisungen“, die „vier Jahrzehnte Forschungsarbeit ignorieren“; sein Fazit: „Remythisierung des Holocaust“. Rudolf Augstein (Spiegel 15.4.) dekretiert: Das Ergebnis „ist gleich Null“, der deutsche „Judenhaß“ als nationale „Psychose natürlich purer Unsinn“, die Behauptung von dem auf Ausrottung bedachten Antisemitismus „allenfalls ignorant, wenn nicht gar bösartig“ - der „Historiker sollte sein Handwerkszeug zusammenhalten“. Jörg von Uthmann im Berliner Tagesspiegel (16.4.) - dort hatte Jacob Heilbrunn schon zuvor (31.3.) von der „primitiven Analyse“ gesprochen und ein mit mal gezeichneter Beitrag, der mit dem unsäglichen Satz „Auch der Bekenntniszwang ist ein Meister aus Deutschland“ schloß, von „gruseliger Theorie“ (15.4.) - sieht die Bedeutung des Holocaust für die amerikanischen Juden ähnlich wie Mariam Niroumand und bei Goldhagen ein „deterministisches Geschichtsbild“ am Werk, „gerade von jener Art, mit der die Nazis die Juden zu Sündenböcken stempelten“.

Der „Mythos von Sisyphos“

Auch Jost Nolte (Welt 16.4.) hält Goldhagens „Spekulationen“ für „rassistisch“, auch er beschwört die Mythologie: „Sisyphos ist Deutscher“, Goldhagen also offenbar Zeus: „Mehr als ein halbes Jahrhundert nach Hitlers Tod und nach der Wende von 1989/90, die an den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs rüttelte, sah es endlich so aus, als habe die Geschichte die Deutschen vom Schicksal des Sisyphos erlöst. Goldhagen hat sich alle Mühe gegeben, sie in die Verdammnis zurückzustoßen“.

Diesem neuen Mythos von Sisyphos läßt die Welt (17.4.) noch eine verhaltener argumentierende Rezension von Manfred Rowold folgen: „Relativierungen und Zweifel finden in Goldhagens Analyse kaum Platz. Sie sind einer Diskussion vorbehalten...seine Thesen verdienen nicht, ignoriert zu werden“. Werner Birkenmaier (Stuttgarter Zeitung 17.4.) hält zwar die „zugespitzte These“ vom Massenmord als logischer Folge des deutschen Antisemitismus für „eindeutig falsch“ (als Gewährsmänner gegen Goldhagen führt er Yehuda Bauer und Ian Kershaw an, Augstein a.a.O. nennt Konrad Kwiet), läßt es aber nicht bei der bloßen Behauptung bewenden, sondern begründet dies ausführlich. Christopher Browning schließlich, dessen 1993 in deutscher Übersetzung erschienene Fallstudie über das Reserve-Polizeibataillon 101 „Ganz normale Männer“ auf dem selben Quellenmaterial beruht, aus dem Goldhagen ganz andere

Schlüsse zieht, und der eben deshalb den meisten Rezensenten als das seriöse Vorbild gilt, von dem sich Goldhagen leichtfertig und fahrlässig entfernt hat, definiert seinen abweichenden Standpunkt (Zeit 19.4.) wie folgt: „Für mich lautet die grundlegende Frage nach wie vor: Wie und warum konnten gewöhnliche Männer wie die Schutzpolizei in Auschwitz...und die Gendarmen in Mir, die Einsätze gegen die Juden als ‘schmutzig’ empfanden und die Luxemburger im Reserve-Bataillon 101 zu Holocaust-Mördern werden?...Ein dämonisierender deutscher Antisemitismus reicht als Erklärung dafür wirklich nicht aus.“

Soweit die kritischen Reaktionen in der ersten Woche der Kontroverse um Goldhagen. Sie sind exemplarisch für die gesamte Debatte.

(Fortsetzung folgt)

Theo Meier-Ewert

HINWEIS

Frauen und Nationalsozialismus

Hamburg - Eine internationale Tagung zu der Thematik „20 Jahre Frauenforschung zum Nationalsozialismus“ findet vom 12. bis 14. Dezember am Hamburger Institut für Sozialforschung statt. Vor 20 Jahren war 1976 auf der Sommeruniversität Berlin von einer Sozialwissenschaftlerin der Vorwurf männlicher Kollegen zurückgewiesen worden, Frauen hätten Hitler an die Macht gebracht. Seitdem gibt es eine vielfältige Forschung von Frauen zum Nationalsozialismus. Nach 20 Jahren soll mit dieser Tagung in Hamburg eine Bestandsaufnahme gemacht werden. Das Thema der Veranstaltung wird dabei unter vier verschiedenen Aspekten beleuchtet: Zu Beginn stehen Referate zur „Frauenforschung zum Nationalsozialismus in der BRD“, daran schließt „Der Blick von außerhalb auf Frauen im Nationalsozialismus und die Frauenforschung zum Nationalsozialismus“ mit internationalen Referentinnen an, des weiteren sind vorgesehen „Debatten um Frauenstudien und Frauenforschung“ sowie als vierter Tagungsschwerpunkt „Frauen forschen über den Nationalsozialismus: die neunziger Jahre“.

12.Dezember, 14.30 Uhr bis 14.Dezember 16.00; Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg.

Info: Hamburger Institut für Sozialforschung, Dr. Regine Klose-Wolf, Tel. 040-414097-0/-12, Fax. 040-41409711.

Die Geschichte der Juden Estlands:

Nur fünf überlebten

Eugenia Gurin-Loov ist eine zierliche ältere Dame. Sie sei gerade aus einer großen in diese kleinere Wohnung gezogen. Die neue Umgebung sei ihr noch fremd, „aber hier habe ich alles schnell mit einem Griff“, sagt sie, geht zu einem hohen Regal, öffnet ein braunes Paket, entnimmt ein Buch, schreibt eine Widmung hinein, und gibt es mir. „Da können sie alles nachlesen“. Der Titel: „Holocaust of Estonian Jews 1941“. Eugenia Gurin-Loov ist die zweite Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Estland, aber offenbar der Motor schlechthin. In Estland, dem nördlichsten der drei baltischen Staaten, hätten Juden nie eine große Rolle gespielt. Zwischen den beiden Weltkriegen waren es etwa 4.500, 0,4 Prozent der gesamten Bevölkerung. Die Hälfte wohnte in der Hauptstadt Reval, das heute Tallinn heißt. Die restlichen verteilten sich auf Tartu (früher Dorpat), Valga, Pärnu, Narva und einige andere Ortschaften. Sie waren kulturell weitgehend autonom mit eigenen hebräischen und jiddischen staatlichen Schulen. Wie in vielen anderen Ländern gewannen Mitte der 30er Jahre Nationalisten an Einfluß. In Estland nannten sie sich Omakaitzen. Sie waren antisemitisch und verlangten u.a., der jüdische Einfluß auf die estnische Wirtschaft müsse zurückgedrängt werden - bei 0,4 Prozent. 1940 war es mit der Selbständigkeit der kleinen Republik für fast ein halbes Jahrhundert vorbei. Stalins Außenminister Molotow und sein deutscher Kollege von Ribbentrop hatten in Moskau ein Geheimabkommen unterzeichnet, das die baltischen Staaten dem Machtbereich der UdSSR unterwarf. Verfolgungen blieben freilich vorläufig aus. Sie setzten schlagartig am 14. Juni 1941 ein - acht Tage vor dem Einmarsch der Naziwehrmacht. Die roten Herrscher verschleppten etwa 10.000 Esten nach Sibirien, unter ihnen 500 Juden.

Noch ehe die Wehrmacht Tallinn besetzte, konnten die meisten der zurückgebliebenen Juden fliehen - in die weiten Wälder oder in die Sowjetunion. Dort erwartete sie zwar nicht die Freiheit, aber sie waren vor den deutschen Mördern vorerst sicher. Etwa 1.000 zogen es vor, zu Hause zu bleiben und

notfalls in den Untergrund zu gehen. Zunächst brauchten sie nur - wie Juden im gesamten Machtbereich der Nazis - den gelben Fleck zu tragen. Doch bald durften sie öffentliche Verkehrsmittel und Bürgersteige nicht mehr benutzen. Dann begann das Registrieren - mit tatkräftiger Unterstützung der Omakaitse-Einheiten. Das Oberkommando hatte der Chef des Sonderkommandos Ia, SS-Obersturmführer Martin Sandberger. Es begann eine gnadenlose Jagd zunächst auf alle männlichen Juden, die älter als 16 Jahre alt waren. Sie wurden entweder auf offener Straße umgebracht - die Leichen blieben dort liegen - oder sie wurden außerhalb der Städte zusammengetrieben, erschossen und in Massengräbern verscharrt. Von Geheimhaltung keine Spur. Im Januar 1942 konnte Sandberger nach Berlin melden, Estland sei „judenfrei“.

Platz für deutsche Juden geschaffen

Damit war das Martyrium der Holocaustopfer aber noch nicht zuende. Die estnischen Juden waren nämlich auch deshalb umgebracht worden, weil die SS und ihre Helfer Platz für deutsche Juden brauchten. Im Herbst 1942 rollten die ersten Güterzüge vor allem aus Westdeutschland, aber auch aus dem Ghetto Theresienstadt östlich von Prag und aus den überfüllten litauischen Ghettos Wilna und Kaunas sowie aus dem KZ Riga-Kaiserwald nach Estland. Die Männer und Frauen mußten für die deutsche Rüstungsindustrie Ölschiefer abbauen und später, als die Rote Armee gen Westen marschierte, Panzergräber ausheben. Wer nicht mehr arbeiten konnte, wurde an Ort und Stelle oder in den Lagern Lagedi und Klooga ermordet. Als Estlands Befreiung bevorstand, wurden die letzten Juden ins KZ Stutthof bei Danzig verschleppt und in die Ostsee getrieben. Am 22. September 1944 rückte die Rote Armee in Tallinn ein. Die letzten Juden, die dort überlebt hatten, tauchten aus dem Untergrund auf. Es waren fünf.

Heute leidet die kleine Gemeinde vor allem daran, daß die jüngeren Frauen und Männer in den Westen Europas gezogen sind, vor allem in die Bundesrepublik. „Wir richten uns so gut wie möglich ein“, lächelt Eugenia Gurin-Loov. „Kommen Sie in einigen Jahren wieder. Dann werden Sie sehen, ob es hier noch jüdisches Leben gibt.“

Heiner Lichtenstein

ZEITSCHRIFTENSCHAU

**Rechtsextremistische
Periodika in 1996**

„Nation+Europa“ 11/12/96 sowie „Junge Freiheit“ 44-47/96:

„Nation+Europa“(NE)-46.Jg. - 11/12/96;
Ein Endzeitszenario zeichnet Karl Richter, die unausweichliche Katastrophe nahe. Schuld an der ganzen Misere tragen natürlich die Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge. Aber die politische Klasse und die durch Ex-Achtundsechziger dominierten Medien seien ja mit Blindheit geschlagen. Ins gleiche Horn bläst auch Andreas Molau; für die Arbeitslosigkeit sind die vielen „ausländischen Mitbürger“ verantwortlich, die Rechte, die darüber aufklären könnte, sei ob PC der „liberal-extremistischen Gesellschaft“ und der damit verbundenen Strafen geknebelt. NE-Dauer-Autor Franz Schönhuber lichtet die Nebel und gefällt sich wieder einmal in der Märtyrerrolle: Der moralische Niedergang des deutschen Volkes sei der einseitigen Vergangenheitsbewältigung zu verdanken. Die Leviten gelesen bekommt sein Nachfolger Schlierer, der nach Schönhuber „Steigbügelhalter jener etablierten Teufelsreiter werden will, deren Ziel die Vernichtung aller patriotischen Ansätze“ sei. Im NE-Interview der DSU-Vorsitzende Roberto Rink, laut dem Alfred Mechttersheimer am besten geeignet scheint für eine rechte Sammelbewegung. Auch die Ex-Europa-Parlamentarierin Johanna Grund gibt sich die Ehre, ihr graut vor einer „kapitalistisch aufgebauten europäischen Gesellschaft mit kommunistischem Bewußtsein“. Über Ignatz Bubis', dem Zentralratsvorsitzenden der Juden, geschäftliche Anfangserfolge weiß NE übelste Unterstellungen in die Welt zu setzen.

„Junge Freiheit“(JF) - 11.Jg.;
Dem skandalgeschüttelten Belgien bleibt nach Meinung der JF als Lösung eigentlich nur die Teilung des Landes - Quelle allen Übels ist also der belgische Staat (44/96). Als JF-Interviewpartner steht Alfred Mechttersheimer zur Verfügung. Lag vormals für den „Friedensforscher“ bekanntlich die Bedrohung in der atomaren Hochrüstung, so sieht er heute Deutschland durch „unbegrenzte Zuwanderung“ bedroht. Als Mittel dagegen schöpft er noch aus dem Fundus seiner friedensbewegten Vergangenheit und empfiehlt Blocka-

den an der deutschen Ostgrenze (44/96). Rot/rot-grüne Seilschaften mutmaßt die JF zwischen der NRW-Landesregierung und der PDS-Zentrale, wie sie am Beispiel einer für Oktober in Unna geplanten und angeblich durch eine Presseerklärung der PDS-Politikerin Ulla Jelpke letztlich verhinderten BdV-Veranstaltung zu erläutern versucht. Der Historiker Karlheinz Weißmann bedauert, daß zu wenige Linke, endlich Sontheimers (Münchner Professor) Einfluß entzogen, nach rechts wechselten; der Rest zögere und zögere. Stellt - dies durchaus zu Recht - fest, daß es der Rechten an Köpfen mangle (44/96). Selbstredend wendet sich die JF mit Vehemenz gegen die geplante Rechtschreibreform; dafür allerdings die verächtliche Schlagzeile „Angriff der Legastheniker“ zu verwenden, ist weit mehr als eine Geschmacksentgleisung (45/96). Der Rechtsaußen-General a.D. Franz Uhle-Wettler wettet gegen die Feigheit der Bundeswehr und der Stadt Dresden anlässlich des im Oktober stattgefundenen Jahrestreffens der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“. Nicht einmal die „bürgerliche“ Presse hätte sich für die „Weltkriegsveteranen“ ins Zeug gelegt, die „Frankfurter Allgemeine“ einfach geschwiegen. Klaus Motschmann kreidet den beiden großen Kirchen zu viel gesellschaftspolitisches Engagement an. Der kirchliche Auftrag liege schließlich „nicht in der Suche nach menschlichen Lösungen“ im Diesseits sondern in der Erlösung im Jenseits (45/96). Von der tschechischen Führung verlangt die JF im Hinblick auf die Sudetendeutschen nicht nur eine Entschuldigung sondern ein „überzeugendes Versöhnungs- und Wiedergutmachungsangebot“ (46/96). Bezüglich des Beitrags des Fernsehmagazins PANORAMA vom 28.Oktober über die Machenschaften des Professors Knütter und u.a. auch der JF in Sachen Enttarnung des Journalisten Maergle sieht sich die JF in der Rolle der verfolgten Unschuld. Daß die JF jedoch durch ihre „Enthüllungen“ maßgeblich zu der rechten Hetzjagd beigetragen hat, wird schamhaft verschwiegen (46/96). BFB-Vorsitzender Manfred Brunner leitet artikel gegen den Euro, gegen dessen Einführung er im übrigen erneut in Karlsruhe klagen will (47/96). Auch der FDP-Rechtsaußen Heiner Kappler sammelt derzeit Unterschriften zur FDP-Mitgliederbefragung über den Euro, wie er im JF-Interview kundtut. Alfred Schickel wendet sich gegen „Gedenktage als nationale Sühnefälle“, die immerzu die Deutschen anprangerten und gedenkt lieber der auch an Deutschen begangenen Untaten (47/96).

Schriftsteller im rechten
Verbund:

„Aversion gegen alles, was links ist“

Am ersten November-Wochenende fand der 6. Literaturkongreß des „Freien Deutschen Autorenverbandes“ (FDA) auf der Wartburg in Eisenach statt. Dem FDA gehören nach eigenen Angaben etwa 2.000 Mitglieder in zehn Landesverbänden an.

Der FDA wurde am 25. Februar 1973 auf Bundesebene in München als Abspaltung (= Gegenverband) vom „Verband deutscher Schriftsteller“ (VS) gegründet, als dieser in die IG Druck und Papier übertrat. Zum Präsident wurde der frühere FDP-Bundestagsabgeordnete Hubertus Prinz zu Löwenstein (1953 bis 1957; 1960 ging er zur CDU) gekürt. Zum Ersten Vizepräsidenten und Geschäftsführer wählte die 60köpfige Gründungsversammlung Gerd Festerling, der im 84. Lebensjahr stehend, in diesem Sommer verstorben ist. Die Nazi-Zeitschrift „Recht und Wahrheit“, gegründet vom Auschwitz-Leugner Otto Ernst Remer, bescheinigte Festerling zu seinem 80. Geburtstag am 4. Mai 1992, daß er jener Generation angehörte, „deren Lebensinhalt Pflichtbewußtsein, Vaterlandstreue und Heimatliebe“ sind. Zuletzt trat Festerling, über mehrere Jahre hinweg Vorstandsmitglied der neonationalsozialistischen „Deutschen Freiheitsbewegung“ (DDF), als Referent beim „Recht und Wahrheit“-Lesertreffen 1993 in Erscheinung; mit von der Partie war auch der Neonazi-Führer Christian Worch.

Federführend bei der VS-Spaltung, die Tageszeitung DIE WELT sprach damals von einer „Münchener Rebellion“, war eine Zelle in der bayrischen VS-Landesgruppe um Festerling und Werner van der Bourg (Lautador anlässlich des 80. Festerling-Geburtstages in „Recht+Wahrheit“), die sich am 12. Mai 1972 als FDA-Bayern in München konstituierte. Interessierte Autoren wurden vom FDA in der Zeitschrift „Criticon“, 1970 von Caspar von Schrenck-Notzing (zeitweilig bayrischer FDA-Landesvorsitzender) gegründet, mittels Anzeigen und Kurz-Artikel angesprochen.

FDA-Gründungsmitglied der ersten Stunde war der Bergsteiger Luis Trenker, der schon im Sep-

tember 1933 der nationalsozialistischen Reichsfachschaft Film beigetreten war und 1940 der NSDAP beitrug. Ebenso ein Mann der ersten Stunde: Alexander Lernet-Holenia, der im Herbst 1972 aus Protest gegen die Verleihung des Nobelpreises an Heinrich Böll als Präsident des österreichischen P.E.N.-Klubs zurücktrat.

Die Wochenzeitung DIE ZEIT beschrieb 1974 das Wirken des FDA, der u.a. den Deutschen Presserat dazu aufgefordert hatte, sich mit der publizistischen Unterstützung der „Baader-Meinhof-Bande“ durch den „Spiegel“ zu beschäftigen, recht zutreffend: „Kein Zweifel, im FDA ist eine Art noch etwas befangen und unsicher wirkende Autoren->Notgemeinschaft< entstanden, deren Leitgedanke eine heftige Aversion gegen alles ist, was für links gehalten wird.“

Die stramm rechte Gesinnung hat man bis heute beibehalten. So zeigte sich der FDA im letzten Jahr besorgt über „Tendenzen eines sanft-totalitären Meinungsklimas“ in der Bundesrepublik. Grund für die Befürchtungen sei der „Appell an Bertelsmann“, in dem Schriftsteller wie Günter Grass, Ralph Giordano und Johannes Mario Simmel den Gütersloher Medienkonzern aufforderten, Druck und Vertrieb für den Münchner Verleger Herbert Fleissner einzustellen. Fleissner, so der „Appell“, veröffentliche Vertreter der „Neuen Rechten“ und transportiere „rechtsextremes Gedankengut in die Mitte der Gesellschaft“.

Zur FDA-Führungsmannschaft zählten bzw. zählen in den letzten Jahren u.a. deutschtümelnde Publizisten wie:

Hans Dietrich Lindstedt (FDA-Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz), mehrfacher Autor im nationalrevolutionären Organ „Wir selbst“;

Ernst Finster (FDA-Landesvorsitzender in Sachsen), Autor in „Nation+Europa“;

Albert Lämmel, der im April 1994 zum Vorsitzenden des 270 Mitglieder starken baden-württembergischen Landesverbandes des „Freien Deutschen Autorenverbandes“ (FDA) gewählt wurde. Lämmel tritt regelmäßig als Referent bei der NPD und den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) auf und publiziert in der „Deutschen Stimme“ (NPD-Bundesorgan).

Mitglieder des FDA sind auch rechtskonservative Gralsgestalten wie Christa Meves, Karl Steinbuch und der hinreichend als Rechtsaußen bekannte Gerhard Löwenthal.

Zum neuen FDA-Vorsitzenden wählten die rund 100 Teilnehmer des 6. Literaturkongresses den Bundestagsvizepräsidenten Hans Klein. Einschlägige Sympathie erwarb sich das CSU-Mitglied Klein 1989 wegen verharmlosender Sprüche zur Waffen-SS. In einem Illustrierten-Interview hatte Klein eine Art Ehrenerklärung für Hitlers Waffen-SS abgegeben. Die seien, so führte Klein aus,

„doch eine kämpfende Truppe“ gewesen und „keine Verbrecher“.

Klein löst den bisherigen FDA-Präsidenten Werner Ross (amtiert seit 1993; Vorgängerin: Angela von Brentano) ab, der an seinem 85. Geburtstag am 27. Januar sein Amt abgeben will. Ross bleibt weiter Ehrenpräsident.

Friedrich Klein

Zögerliche Bundesregierung

Bonn - Als einen „Skandal für die Bundesregierung“ bezeichnete der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin die Vergabe von Fördermitteln der Europäischen Union an den Rechtsextremisten Jürgen Rieger. Rieger, sattsam bekannt als Anwalt der bundesdeutschen Neonazi-Szene und selbst in diversen Organisationen aktiv, soll für ökologische Bewirtschaftung seines schwedischen Bauernhofs einen Betrag in Höhe von DM 225.000,— aus dem EU-Topf erhalten haben (vgl. BNR 14/96, S.11). In einer Fragestunde am 13.11. hatte die SPD-Abgeordnete Gisela Schröter von der Bundesregierung wissen wollen, ob dieser bekannt sei, daß Rieger „für seinen neuen schwedischen Standort EU-Gelder beantragt und erhalten hat“? Ebenso fragte Frau Schröter, ob „die Bundesregierung die antragsbewilligende Behörde über den Antragsteller Jürgen Rieger informiert und gegen einen solchen Antrag und dessen Bejahung protestiert“ habe? Die Bundesregierung, vertreten durch den Staatssekretär im Bundesministerium des Innern Lintner, mußte zugeben, daß die Angelegenheit jetzt erst geprüft werde.

Siegfried Vergin, Sprecher der Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion, wirft der Bundesregierung auch Untätigkeit in bezug auf das rechtsextremistische Schulungszentrum in Hetendorf, das von Jürgen Rieger mitbetrieben wird, vor. Wiederholt hätten die Länder Hamburg und Niedersachsen auf ein Verbot des Trägervereins „Heide-Heim e.V.“, dessen stellvertretender Vorsitzender Jürgen Rieger ist, hingewirkt. Die Bundesregierung hatte in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion vom 21.8.1996 (Drucksache 13/5434) über „Neugermanisch-heidnische Gruppen und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik“ zugegeben, daß die Organisationen „Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestal-

tung e.V.“, „Nordischer Ring“ und die „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“, bei denen sämtlich Jürgen Rieger eine maßgebende Rolle spielt, vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet würden. Im Visier der Verfassungsschützer steht ferner der in Schleswig-Holstein operierende „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff e.V.)“, dessen Mitgliederdurchschnittsalter allerdings zwischen 70 und 80 Jahren liege. Bei weiteren Gruppierungen, die dem neugermanisch-heidnischen Gruppierungen zuzurechnen sind, würden Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen geprüft. In der Fragestunde der SPD-Abgeordneten Bertl, Follak, Lotz, Mertens, Rennebach, Sonntag-Wolgast, Schröter und Vergin am 13.11. zu Verbindungen zwischen Rechtsextremismus und Neugermanentum betonte für die Bundesregierung Staatssekretär Lintner, daß die Gruppierungen aus dem neugermanisch-heidnischen Bereich in der Regel weltanschaulich orientiert und zahlenmäßig zu klein seien, um regelmäßig beobachtet zu werden. Im übrigen gelte hier auch die Religions- und Weltanschauungsfreiheit (Art. 4, 1 und 140 GG sowie 137 WRV). Lintner mußte allerdings einräumen, daß die Bestimmung der Grenze der Wahrung der Meinungs- und Religionsfreiheit hier eine „schwierige Problematik“ sei.

HINWEIS

Bonn - Das Bundesministerium des Innern hat das 1994 erstmals für die Zielgruppe der Jugendlichen herausgegebene Magazin „basta - Nein zur Gewalt“ aufgelegt. Das Heft 96/97 richtet sich an Jugendliche und soll zu einem gewaltfreien Umgang beitragen. Parallel dazu erscheint eine pädagogische Handreichung mit methodischen Vorschlägen und Begleitmaterial, die der Umsetzung des Themas Gewalt im Schulunterricht dienen soll.

Die Materialien sind erhältlich im Referat IS 7 im Bundesministerium des Innern, Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn.

Tagebuch

Amsterdam (Niederlande) - Martin Freling, niederländisches Mitglied der NSDAP/AO, wurde aus der „Centrumpartei 86“ (CP 86) wegen seiner nationalsozialistischen Weltanschauung ausgeschlossen. Sein Mandat im Rotterdamer Stadtrat wird er als Fraktionsloser weiter wahrnehmen. Die „Neue Front“ (März/April 1994), Organ der damaligen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF), jubilierte nach dem Einzug von Freling ins Stadtparlament: „Somit zieht mit Kamerad Freling erstmals seit Kriegsende auch in Holland nicht nur ein offen bekennender Nationalsozialist in eine parlamentarische Vertretung ein, sondern außerdem ein Angehöriger unserer Kampfgemeinschaft“. Freling unterhält engste Kontakte zu bundesdeutschen Neonazis. Zeitweilig amtierte er als Beisitzer der zwischenzeitlich verbotenen „Nationalen Offensive“ (NO). Zuletzt zeichnet er presserechtlich verantwortlich für das Wunsiedel-Koordinationsbüro (Sitz: Rotterdam), das die diesjährige Rudolf-Heß-Aktionswoche initiierte.

Bonn/Dresden - Das Jahrestreffen der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ (OdR) vom 18. zum 19. Oktober d.J. in Dresden beschäftigt nun auch den Deutschen Bundestag. Die Bündnisgrünen-Abgeordneten Buntenbach, Hermenau und Nachtwei wollen von der Bundesregierung wissen, wieso der ostsächsische Bundeswehrchef General Michael von Scotti ein Grußwort an die Teilnehmer richtete und warum Soldaten der Bundeswehr bei dem Revanchistentreffen zugegen waren.

Feldkirch/Wien (Österreich) - Der seit September 1986 amtierende Parteivorsitzende der rechtlastigen österreichischen „Freiheitlichen“ Jörg Haider wurde auf dem 23. Parteitag am 9. November in Feldkirch/Vorarlberg mit beinahe 99 Prozent Zustimmung erneut in das Amt gewählt. Stellvertretende und geschäftsführende Parteivorsitzende ist neuerdings die Haider-Vertraute und Juristin Susanne Riess-Passer.

Freiburg - Neu im INTERNET ist der im südbadischen Freiburg beheimatete Ahriman-Verlag („unser Programm ist die Wiederkehr des Verdrängten“), auch bekannt als „Bund gegen Anpassung“ oder „Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten“. In Österreich tritt die obskure Polit-Sekte, die zu ihren Gründerzeiten (unter der

Bezeichnung „Marxistisch-Reichistische Initiative“; MRI) politisch auf dem ultralinken Spektrum angesiedelt war, unter der irreführenden Bezeichnung „Initiative Neue Linke“ auf. Abrufbar sind im INTERNET u.a. Artikel aus den „Ketzerbriefen“, einem Ahriman-Organ.

Hagenbach (Rheinland-Pfalz). Die Polizei hat am 9. November, dem Jahrestag der Reichsprogromnacht, ein überregionales Treffen von rund 100 Neonazis (im Alter zwischen 16 und 36 Jahren) aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im südpfälzischen Hagenbach verhindert. Bei dem Großeinsatz wurden 30 Neonazis vorübergehend festgenommen, Propagandamaterial sichergestellt. Angereist waren zum Teil „hochkarätige Personen“ des Neonazi-Spektrums, heißt es in einer Presseerklärung des Karlsruher Polizeipräsidiums. Bei dem ahnungslosen Gastwirt hatten sich die Neonazis als „Burschenschaft“ ausgegeben. Das Karlsruher Polizeipräsidium geht davon aus, daß die neonazistische „Karlsruher Kameradschaft“ als Mitausrichter und Organisator der Veranstaltung angesehen werden muß.

Hamburg - In vertauschter Rolle saß diesmal Jürgen Rieger im Hamburger Landgerichtssaal. Sonst ist der Anwalt vieler Alt- und Neonazis in der Verteidigerrolle, diesmal stand er selbst als Angeklagter vor der Berufungsinstanz. Rieger mußte sich wegen Verwendens von NS-Symbolen verantworten. Er war am 12. April 1993 mit einem VW-Militärkübelwagen, verziert durch SS-Runen, in Reinbek (Kreis Herzogtum Lauenburg) von der Polizei angetroffen worden. Deshalb wurde er 1994 bereits zu einer Geldstrafe von 7200 Mark verurteilt (s. BNR 20/94). Er selbst legte Berufung gegen das Amtsgerichtsurteil ein und fing sich nunmehr eine Geldstrafe in Höhe von 14.400 Mark ein. Dem 50jährigen Rieger half es auch nicht, daß er dem Richter vorjammerte, seine finanzielle Situation sei desolat, müsse er doch zur Zeit für seine biodynamische Rinderzucht in Schweden jährlich sechsstelligen Verluste hinnehmen.

Kassel - Das „Thule-Seminar. Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur e.V.“ (Sitz: Kassel) unter Vorsitz von Pierre Krebs, hat die Reihe „Thule-Polemos“ ins Leben gerufen. Der 1. Band (Autor: Krebs) soll noch in diesem Jahr mit dem Titel „Im Kampf um das Wesen. Ethnosuizid in der multirassischen Gesellschaft der judäachristlichen Zivilisation des Westens oder ethnokulturelle Neugeburt Europas

in der organischen Demokratie indoeuropäischer Prägung?“ erscheinen.

Kaufbeuren (Obb.) - Von der Polizei wurde am 15. November im Ostallgäu ein Skinhead-Treffen aufgelöst. Mitglieder des am 30. Juli d.J. vom bayerischen Innenministerium verbotenen neonazistischen Vereins „Skinheads Allgäu“ hatten sich in einer Gaststätte versammelt. Von den 19 festgenommenen Personen bleiben drei in Haft. Gegen alle 19 Beteiligten wird Anzeige wegen Volksverhetzung, Beleidigung und wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz erstattet.

Kiel - „Die Heimattreue Jugend e.V.“ (Sitz der Bundesgeschäftsführung: Kiel) führt vom 27. Dezember bis zum 2. Januar an einem geheimgehaltenen Ort ihr Bundeswinterlager durch. „Höhepunkt“ und „Abschluß des Jahres“ bildet für die Jung-Kameraden (8-25 Jahre) ein „gemeinsames Jahreswechselfeuer“.

Lüdenscheid (Nordrhein-Westfalen) - In der neuesten Ausgabe der neonazistischen Postille „Widerstand“ (3/96; „unabhängige Zeitung der volkstreuen Aktivisten“), die von ehemaligen Mitgliedern der zwischenzeitlich verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF) herausgegeben wird, wird das Modell von fünf bis zehn Mann starken „Basisgruppen“ angepriesen („Klasse statt Masse“). Betont wird die Wichtigkeit einer „einheitlichen politischen und propagandistischen Schulung“, ebenso wie die Bedeutung eines „Mindeststandards an Ausrüstung und Infrastruktur“. Solch „ausgebildete, hochmotivierte und modern ausgerüstete Basisgruppen“ seien die „Keimzelle“ der „nationalen Revolution“.

Lienz (Österreich) - Regelmäßiger Autor und Leserbriefschreiber in ultrarechten bis rechtsextremen Gazetten ist der im österreichischen Lienz lebende Deutsche Heinz Gomann (1920 in Berlin geboren). Beiträge von ihm finden sich in der „Aula“, „Ostpreußenblatt“, „Junge Freiheit“, „Nation+Europa“. Gomann war von 1971 bis 1975 Abgeordneter der CDU-Fraktion (Berliner Abgeordnetenhaus) und Mitglied des Landesvorstandes der CDU-Berlin. Nebenbei betreibt Gomann eine Schafs- und Eselsfarm in Irland.

Meschede - Mit 20 Festnahmen endete ein Versuch von Neonazis aus dem Umfeld der „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF), die sich meist aus früheren Mitgliedern der verbotenen FAP rekrutiert,

eine Kundgebung zum Volkstrauertag abzuhalten. Die Bereitschaftspolizei vereitelte die beabsichtigte Kranzniederlegung zum „Heldengedenktag“ auf dem Soldatenfriedhof im Vorfeld.

Münster/Recklinghausen - Zur Unterstützerszene der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ hat sich jetzt auch der rechtslastige Komm-Mit-Verlag gesellt. Der Herausgeber des im Verlag erscheinenden, wiederholt wegen rechtsextremer Tendenzen ins Gerede gekommenen Jugendkalenders KOMM-MIT, Günter Stiff, fordert in einem Schreiben an die Freunde und Förderer des Vereins dazu auf, die JF zu abonnieren. In dem Revanchistenblatt „Der Schlesier“ (23.10.96) wird für den KOMM-Mit-Kalender 1997 für Jugendliche geworben, der über den „Schlesier“ ab Dezember zu beziehen ist.

Philadelphia (USA) - Übelste antisemitische und rassistische Hetze betreibt im INTERNET eine Neonazi-Organisation mit der Bezeichnung ALPHA (Sitz: Philadelphia/USA). ALPHA wurde 1993 von Ryan Wilson als Nachfolgeorganisation der „United States Of America Nationalist Party“ (USANP), die fünf Jahre lang existiert hatte, gegründet. Bei den selbsternannten „Ariern“ sind u.a. Texte aus Adolf Hitlers „Mein Kampf“, aus „White Power“ von George Lincoln Rockwell, dem Gründer der US-amerikanischen Nazi-Partei, und aus dem antisemitischen Machwerk „The International Jew - World's Foremost Problem“ von Henry Ford abrufbar. Angeboten werden auch Anleitungen zum Bombenbau und eingescannte Fotos von aufgehängten Schwarzen („Nigger“).

Potsdam - Zu einer Haftstrafe von siebeneinhalb Jahren wurde der 21jährige Neonazi Sascha Lücke wegen Totschlags an einem Andersdenkenden vom Landgericht Potsdam verurteilt.

Rom (Italien) - Die Duce-Enkelin und Zugpferd der postfaschistischen „Alleanza Nazionale“, Alessandra Mussolini (33), hat ihrer Partei wegen „politischer Meinungsverschiedenheiten“ den Rücken gekehrt. Mussolini hat sich nun einer gemischten Fraktion im römischen Parlament angeschlossen, der auch die ehemalige Parlamentspräsidentin Irene Pivetti seit ihrem Ausschuß aus der Fraktion der „Lega Nord“ angehört.

Schleswig/Lübeck - Die NPD hat ein Verwaltungsverfahren in Schleswig verloren. Die Nationaldemokraten aus Lübeck wollten sich nicht damit abfinden, daß sie von der Stadt Lübeck nicht



offiziell zur Teilnahme an der zentralen Gedenkfeier zum Volkstrauertag eingeladen worden sind. Als zugelassene Partei, die in den vergangenen Jahren stets bei dem Ereignis zugegen gewesen sei, dürfe sie davon nicht ausgeschlossen werden, argumentierten die NPDler. Die Verwaltungsrichter in Schleswig sahen dies anders: Es stehe der Stadt/dem Veranstalter frei, einen geschlossenen Personenkreis einzuladen. Dies beinhalte zugleich, auf Gäste zu verzichten, die nach „ihrer Vorstellung“ auf der Veranstaltung nichts zu suchen haben. (AZ: 6 B 71/96)

Stuttgart - „Äußerst besorgniserregend“ sei für ihn die regelrechte „Aufrüstung“ mit Waffen in der Neonazi-Szene - so Jörg Krauss, Chef der Abteilung Staatsschutz des baden-württembergischen Landeskriminalamts (LKA), in einem Gespräch mit der Stuttgarter Zeitung (5. November). Schlagringe, Messer, Stahlruten, aber auch Schußwaffen, Schnellfeuergewehre bis hin zu Abschußvorrichtungen für Panzerfäuste sind in Baden-Württemberg in den letzten Monaten sichergestellt worden. Ziel sei, für die bewaffnete „Machtübernahme“ gerüstet zu sein. Die Zahl der aktiven Mitglieder sogenannter „Kameradschaften“ beziffert Krauss auf etwa 300. Rund 500 Skinheads sind beim baden-württembergischen LKA registriert. Statt Bomberjacke und Glatze hätten diese zwischenzeitlich ihr Outfit geändert und treten nun mit adrettem Kurzhaarschnitt, gebügelten Hosen und blankpolierten Schuhen auf.

Stuttgart - Auch beim zweiten Wahlgang zur Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart waren Rechtsextremisten mit von der Partie. Im einzelnen erzielten sie folgende Ergebnisse: Mario Meurer („Deutsche Freiheits- und Arbeiterpartei“; vgl. BNR 19/96, S.5), 145 Wählerstimmen (0,1 Prozent), der Neonazi Axel Heinzmann 31 Stimmen (0,0 Prozent, im ersten Wahlgang hatte Heinzmann 107 Stimmen erhalten) und Günter Deckert (NPD-Vize), 126 Stimmen (0,01 Prozent). Der derzeit in

Adresse:

Bruchsal einsitzende stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert erzielte im ersten Wahlgang 147 Stimmen. Die NPD-Jugendorganisation JN hatte für Deckert den Wahlkampf geführt. In einem Flugblatt der JN hieß es u.a.: „Heimatvertriebene Eure Partei ist die NPD. Niemals Verzicht auf deutsches Land; Deshalb wählen Sie am 20.10.1996 Günter Deckert...“; verantwortlich zeichnete S. Marx aus dem „Stützpunkt Stuttgart“ der JN, der mit dem Sitz der NPD in der Stuttgarter Röterstraße identisch ist.

Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) - Zu einer erneuten Haftstrafe wurde der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert (56) verurteilt. Das Amtsgericht Weinheim fand den derzeitigen NPD-Vize der Bedrohung und Beleidigung mehrerer Polizeibeamter für schuldig. So hatte Deckert bei seiner Verhaftung im November 1995 gegenüber einem Beamten geäußert: „Wenn ich wieder rauskomme, bist Du der erste, den ich eigenhändig erschlage, dann weiß ich wenigstens, warum ich gegessen habe.“ Das Urteil vom 23. Oktober lautete auf vier Monate ohne Bewährung. Die Staatsanwaltschaft hatte auf eine fünfmonatige Haftstrafe plädiert. Verteidigt wurde Deckert, wie in den zahlreichen Prozessen zuvor, vom Mannheimer Szene-Anwalt und ehemaligen NPD-Aktivisten Ludwig Bock (54). Deckert hat angekündigt, Rechtsmittel gegen das Urteil des AG Weinheim einzulegen. Der nächste Prozeßtermin in Sachen Deckert steht bereits fest. Am 3. Dezember 1996, um 13.30 Uhr wird am Mannheimer Amtsgericht gegen Deckert wegen Beleidigung in einem weiteren Falle verhandelt.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Vorlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten